

Fabian Virchow

Entgrenzung und Ordnung

Entstehung und Artikulation einer völkisch-nationalistischen Massenbewegung in Deutschland

Abstract

Im Schatten der sogenannten ›Flüchtlingskrise‹ hat sich in Deutschland eine völkisch-nationalistische Massenbewegung herausgebildet und stabilisiert, die sich parlamentarisch um die AfD und außerparlamentarisch um rassistische Medien und Netzwerke gruppiert. Sie interpretiert die zunehmende Zahl von Menschen, die in Europa Schutz suchen, als Angriff auf die ›Existenz des deutschen Volkes‹ und leitet daraus das Recht auf Notwehr und Beseitigung des demokratischen politischen Systems und einer welt-offenen Gesellschaft ab.

Schlagwörter: Extreme Rechte, Rechtspopulismus, völkisch, Bürgerkrieg, Entgrenzung

Delimitation and Order – Emergence and articulation of a racial-nationalist mass movement in contemporary Germany

Abstract

The growing number of people seeking refuge in Germany has been a political opportunity for nativist and racial nationalist networks to gain momentum. New political protagonists like the PEGIDA movement, the party ›Alternative for Germany‹, and anti-immigrant and anti-Muslim media join in trying to stir up a revolt against the democratic political system and a plural and diverse society.

Keywords: extreme right, right-wing populism, civil war, escalation, racism

A. Einleitung

Die gewaltsame Eskalation politischer Konflikte insbesondere in Nordafrika und im Nahen Osten sowie ein weiterhin bestehendes erhebliches Wohlstandsgefälle zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden haben insbesondere im Jahr 2015 zu einer beträchtlichen Steigerung der Zahl Geflüchteter geführt, die in Europa Schutz und eine Zukunftsperspektive gesucht haben. Im Zuge dieser Entwicklung wurde die

DOI: 10.5771/0934-9200-2017-1-36

Dublin-Verordnung de facto außer Kraft gesetzt, mit der die EU seit Anfang 2003 die Zuständigkeit der EU-Mitgliedsstaaten bei Asylbegehren geregelt hatte: Ihr zufolge ist *der* Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, den der/die Asylsuchende im EU-Raum erstmals betreten hat. Dieses Verfahren hatte insbesondere EU-Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen vielfach vor Herausforderungen gestellt, konnte aber bereits vor der ›Flüchtlingskrise‹ in seiner rein administrativ-technischen Herangehensweise, die Geflüchtete nicht als handelnde Subjekte, sondern als Objekte von Verwaltungshandeln ansah, sekundäre Wanderungen innerhalb Europas nicht verhindern. Die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten hat sich angesichts der Fluchtbewegungen des Sommers 2015 einer humanen Asylpolitik verweigert und ist zu einer rigiden Abschottungspolitik übergegangen, die auf Abschiebungen, Grenzkontrollen und die Vorverlagerung der Grenzen setzt, in deren Rahmen Asylanträge außerhalb Europas geprüft werden sollen.

Die große Zahl der Geflüchteten hat zahlreiche Kommunen vor ernsthafte Herausforderungen gestellt, so etwa hinsichtlich einer angemessenen Unterbringung der Schutzsuchenden oder der Bereitstellung von Möglichkeiten des Spracherwerbs. Ohne ein von unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus getragenes breites bürgerschaftliches Engagement, das im Begriff ›Willkommenskultur‹ emblematisch verdichtet ist, wären die Aufgaben nicht zu bewältigen gewesen. Im Schatten der ›Willkommenskultur‹ – und diese rasch in den Schatten stellend – gewann die politische Rechte wieder die Deutungs- und Handlungshoheit mit Konzepten der Asyl- und Flüchtlingspolitik, die zentral an den Paradigmen Begrenzung und Kontrolle ausgerichtet ist.

Für die extreme Rechte und rechtspopulistische Akteur*innen hat sich nach der Kritik an der Europäischen Union und am EURO, die im Kern nationalistisch und souveränistisch angelegt war, ein weiteres Feld der Agitation und Mobilisierung geöffnet. Diesen politischen Kräften ist es inzwischen gelungen, eine völkisch-nationalistische Massenbewegung zu entfesseln, die im außerparlamentarischen Raum neue Strukturen wie PEGIDA oder die ›Identitäre Bewegung‹, im parlamentarischen Feld insbesondere die AfD umfasst. Diese strebt – bei gewissen Differenzen in Einzelfragen – nach einer Renaissance völkischer Ordnung und bedient sich einer Strategie der Entgrenzung.

B. Jenseits der ›Willkommenskultur‹

Im September 2015 sprach Josef Joffe, Herausgeber der Wochenzeitung ›Die Zeit‹, mit Blick auf die – medial vervielfältigte – ›Willkommenskultur‹ vom „deutschen Wunder“, das ihm die Abkehr von dem über Jahrhunderte wirksamen, auf Abstammung, Glaube und Sprache rekurrierenden Nationalitätsverständnis und damit einen grundlegenden kulturellen Umbruch zu markieren schien.¹ Gleichwohl ließ sich bereits in jenen Wochen – beispielsweise in den Leserbriefspalten vieler Tageszeitungen – beobachten, dass die zunehmende Zahl der Asylsuchenden auch Reaktionen der Verunsicherung, des

1 Abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2015/37/willkommenskultur-deutschland-fluechtlinge-zeitgeist>, letzter Aufruf: 10.1.2017.

Zweifels und der rassistisch motivierten Ablehnung sichtbar werden ließ. Dies kann nicht überraschen, verdeutlichen doch Untersuchungen zu den politischen Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland seit der SINUS-Studie der frühen 1980er Jahre², insbesondere des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld³ sowie der sogenannten ›Mitte-Studien⁴, aber auch die regionalen Erhebungen für Sachsen⁵ und Thüringen⁶, dass zahlenmäßig relevante Teile der Bevölkerung rassistische, antisemitische und nationalistische Einstellungsmuster aufweisen.

Als ein weiterer Indikator muss der Erfolg des Buches von Thilo Sarrazin gewertet werden, der unter dem Titel ›Deutschland schafft sich ab⁷, im Jahr 2010 eine rassistische Verfallsprognose⁸ vorgelegt hat, die – über die für eine als ›Sachbuch‹ kategorisierte Schrift hohe Auflage von über 1,6 Millionen Exemplaren – insbesondere durch die wochenlange Berichterstattung der BILD-Zeitung popularisiert worden ist. Im Herbst 2010 erklärten 18 % im Rahmen einer von Emnid durchgeführten repräsentativen Befragung, dass sie einer ›Sarrazin-Partei‹ ihre Stimme geben würden.⁹ In einer weiteren empirisch angelegten Untersuchung vertraten 28 % der Befragten ein geschlossenes Konzept der Zugehörigkeit der Deutschen bzw. des ›Deutsch-Seins¹⁰.

Die Geschichte der Anläufe zur dauerhaften Etablierung einer Partei rechts von CDU/CSU im parlamentarischen Raum ist lang. Exemplarisch zu nennen sind hier neben der NPD, die aufgrund ihrer Entstehung aus der rechtsextremen Stammkultur einen Sonderfall darstellt, ebenso die Partei ›Die Republikaner¹¹, der nationalliberalen ›Bund Freier Bürger‹ sowie die ›Partei Rechtsstaatliche Offensive‹ um Ronald Schill, die alle trotz zeitweiser parlamentarischer Repräsentanz in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwanden.¹² Angesichts dieser im Vergleich mit zahlreichen anderen europäischen Ländern ungewöhnlichen Konstellation ist mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland vielfach von einer ›rechtspopulistischen Lücke‹ gesprochen worden. Die ›Alternative für Deutschland‹ ist auf dem Weg, diese zu schließen. Sie übt von rechts Druck auf die im Bundestag vertretenen Parteien aus und spricht in beträchtlichem Teil Menschen an, die sich vom etablierten Politikbetrieb abgewandt haben.

2 SINUS 1981.

3 Die Ergebnisse finden sich insbesondere in der 10-bändigen Schriftenreihe ›Deutsche Zustände‹, die zwischen 2002 und 2011 beim Suhrkamp-Verlag erschienen ist.

4 Zuletzt: Zick/Küpper/Krause 2016 sowie Decker/Kiess/Brähler 2016.

5 dimap 2016.

6 Best/Niehoff/Salheiser/Vogel 2016.

7 Sarrazin 2010.

8 Haller/Niggeschmidt 2012; Schneiders 2013.

9 Abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sarrazin-debatte-umfrage-sieht-grosses-potential-fuer-protestpartei-a-715751.html>, letzter Aufruf: 10.1.2017.

10 Preuß 2016.

11 Jaschke 1990; Hennig 1991; Fascher 1994.

12 Decker 2000.

C. Die ›Alternative für Deutschland‹

Die im Februar 2013 aus der Taufe gehobene AfD – aufgrund zahlreicher Hochschul-lehrer in den Führungsgremien rasch als ›Professorenpartei‹ etikettiert – hat sich zunächst mit einer nationalistischen Kritik an der EU und der EURO-Rettungspolitik profiliert. Von Anfang an fanden sich in ihr unterschiedliche Strömungen zusammen – neben einer dezidiert markoliberalen Strömung gehörten ihr bereits früh auch national-konservative und extrem rechte Akteure an. Spätestens im Anschluss an den AfD-Parteitag in Essen am 4. Juli 2015 und der an der Absetzung des Parteivorsitzenden Bernd Lucke ablesbaren Entwicklung nach rechts lässt sich die Partei als rechtspopulistisch charakterisieren¹³, in der es einen starken Flügel gibt, der auf eine völkisch-nationalistische Profilierung drängt.

Dabei steht weniger ein spezifischer, als populistisch im Sinne von emotionalisierend, vereinfachend und personalisierend verstandener Politik- und Kommunikationsstil im Vordergrund, sondern – entsprechend des Populismus als ›dünne Ideologie‹ – ein „Deutungsschema, das die Welt moralistisch als Dualismus von gutem Volk und korrupten Eliten wahrnimmt“¹⁴ und im Falle des Rechtspopulismus zusätzlich mit einer nativistisch grundierten Gegenüberstellung arbeitet, mittels derer die real formulierten oder bloß imaginierten Ansprüche der ›Anderen‹ bzw. der ›Fremden‹ auf politische und soziale Teilhabe zugunsten des als ethnisch homogen verstandenen ›Volkes‹ abgewiesen werden. Diese auf Identitätsstiftung zielende nationalistische Programmatik greift vielfach produktivistische Denkfiguren auf und kann so gegen all diejenigen in Stellung gebracht werden, die als ›unproduktiv‹ charakterisiert werden – seien es die ›faulen Griechen‹, gesellschaftlich marginalisierte Gruppen wie etwa Wohnungslose oder Sinti und Roma, kürzlich Zugewanderte – oder in antisemitischer Aufladung – das Judentum.

Zu den zentralen Themen der AfD zählen eine nationalistisch und wettbewerbspopulistisch begründete Kritik an der EU, die Ablehnung der interkulturellen Gesellschaft sowie religiöser Vielfalt auf gleichberechtigter Grundlage (hier: insbesondere des Islam) sowie die Gegnerschaft zu einer vollständigen Gleichstellung der Geschlechter und sexueller Orientierungen.¹⁵ Die angestrebte Rückkehr zu und Aufwertung von heteronormativen Familien- und Partnerschaftsmodellen stellt einen wichtigen Programmpunkt der AfD dar. Wirtschaftspolitisch verfolgt die Partei im Kern einen wirtschaftsliberalen Kurs, dem es u.a. um die Senkung der Staatsquote, Bürokratieabbau und die steuerliche Entlastung der Vermögenden geht. Inwiefern einzelne Forderungen wie die nach einem Mindestlohn zu einem national-sozial-protektionistischen Programm ausgebaut werden, bleibt abzuwarten. Zwar gibt es mit der AVA (Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer) und den Aida (Arbeitnehmer in der AfD) gleich zwei

13 *Bebnowski* 2015; *Lewandowsky* 2015; *Häusler* 2016.

14 *Priester* 2016, 547.

15 *Schutzbach* 2016.

Gruppen in der Partei, die für sich beanspruchen, Interessenvertreterin der ›kleinen Leute‹ zu sein, ihr Gewicht in der AfD ist jedoch vergleichsweise gering.

Das im Frühjahr 2016 im Rahmen des AfD-Parteitages in Stuttgart beschlossene Grundsatzprogramm dürfte den meisten Wähler*innen im Detail unbekannt sein. Die AfD wird vielmehr als ›Marke‹ gewählt, mit der spezifische Schlagworte verbunden sind. Zu nennen sind insbesondere ein ›Demokratieversprechen‹ (›Wir verschaffen den nicht mehr Gehörten eine Stimme‹; ›Mut zur Wahrheit‹; Forderung nach Volksabstimmungen), die Ablehnung einer liberalen Migrations- und Asylpolitik sowie religiöser Pluralität, Renationalisierung (EU, Außenpolitik, nationale Identität) sowie die traditionellen heteronormativen Gesellschaftsmodelle.

Bereits zur Bundestagswahl im Herbst 2013 gaben 2.056.985 Wähler*innen ihre Stimme für die AfD ab; ein Einzug in das Parlament blieb ihr allerdings knapp versagt. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014 gelang ihr mit etwa derselben Stimmenzahl der Einzug mit sieben Abgeordneten. Dem folgenden Verlust an Zustimmung – eine Umfrage im Juli 2015 sah die Partei bei 3–4 %¹⁶ – begegnete die AfD-Spitze mit einer sogenannten ›Herbstoffensive 2015‹, in deren Rahmen neben der ›Euro-Krise‹ vor allem das ›Asyl-Chaos‹ thematisiert werden sollte/wurde. Tatsächlich gelang es der AfD, durch eine auf diskursive Zuspitzung und damit verbundene Medienresonanz gerichtete Taktik, aber auch aufgrund der häufigen Sichtbarkeit des AfD-Führungspersonals in den Polit-Talkshows das Ausmaß an Zustimmung und Unterstützung wieder auszubauen. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg (15,1 %), in Rheinland-Pfalz (12,6 %), in Sachsen-Anhalt (24,3 %) sowie in Berlin (14,2 %) und in Mecklenburg-Vorpommern (20,8 %) zeugen von dieser Entwicklung. Hinsichtlich der Bundestagswahl im September 2017 liegt die Partei bei den Umfragen seit Anfang 2016 stabil über 10 %.

In der AfD und um sie herum formiert sich seit der Gründung ein nationalkonservatives und völkisches Netzwerk, in das neben langjährigen Kadern der extremen Rechten und ehemaligen CDU-Mitgliedern auch Burschenschaften eingebunden sind. Michael Stürzenberger, Vorsitzender der rechtspopulistischen Partei ›Die Freiheit‹, erklärte Ende 2016 deren Auflösung, da mit der AfD ein erfolgreiches Modell gefunden sei, das gemeinsame Interesse zu vertreten. Das extrem rechte Monatsmagazin ›Zuerst!‹ bietet AfD-Politikern regelmäßig eine Plattform; die national-konservative Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹, die im innerparteilichen Konflikt im Jahr 2014/15 zunächst auf den einstigen Parteigründer Bernd Lucke gesetzt hatte, wird vielfach als parteinahes Blatt wahrgenommen, das nun ein deutlich nach rechts gerücktes Projekt unterstützt. Zwar inszeniert sich die AfD als Anti-Establishment-Projekt (›gegen die Altparteien‹), gesellschaftliche Hierarchien werden jedoch nicht in Frage gestellt. Es geht darum, sich selbst an den Hebeln der Macht zu etablieren und Zugriff auf Ressourcen zu erlangen.

Wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, ist es der AfD gelungen, im Zeitraum von 2014 bis 2016 bereits eine Stammwählerschaft in der

16 Kroh/Fetz 2016, 713.

Größenordnung von 4-5 % aufzubauen. Unter Rückgriff auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels zeigt sich für Personen mit Parteibindung, die der AfD zuneigen, im Zeitverlauf eine deutliche Steigerung der Anziehungskraft bei Arbeiter*innen (von 2 auf 11 %) und bei Arbeitslosen (von 1 auf 15 %).¹⁷ Setzte sich die AfD-Anhängerschaft bei der Bundestagswahl zu über 80 % aus Wähler*innen der AfD, der NPD, der REP und sonstiger Parteien zusammen, waren dies im Jahr 2016 nur noch etwa ein Drittel. „In etwa gleichen Teilen von je mehr als 20 Prozent sind die restlichen WählerInnen von SPD, B90/Die Grünen und Linke (...) sowie WählerInnen von Union und FDP (...). 17 Prozent sind ehemalige NichtwählerInnen.“¹⁸ Dass die AfD mit ihren völkischen und nationalistischen Positionen auch Anklang bei vormaligen Wähler*innen anderer Parteien findet, bestätigt die Annahme, dass Personen mit entsprechenden Einstellungen so lange dort gebunden waren, so lange bestimmte Themen nicht prominent verhandelt werden und es keine dezidierte Rechtspartei gibt.

Nach wie vor ist die AfD eine Partei, in der stark konflikthaft um Einfluss gerungen wird; hiervon sind im Wahljahr 2017 mehrere Landesverbände betroffen. Es konkurrieren zudem unterschiedliche strategische Ansätze: jener, der unter bestimmten Bedingungen auf eine Koalition mit der CDU orientiert und sich in parlamentarische Verfahren einbringen möchte, sowie jener Flügel, der den Charakter der AfD als Fundamental-Opposition erhalten und stärken will.¹⁹

D. PEGIDA, Identitäre und Co.

Im September 2016 verlor die älteste extrem rechte Partei in Deutschland, die NPD, im Zuge der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern – nicht zuletzt aufgrund der Wanderung von Wähler*innen zur AfD – ihre letzten Landtagsmandate sowie die damit zusammenhängenden Ressourcen. In mehreren Bundesländern sind Prozesse des Zerfalls der Strukturen zu beobachten; und auch das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht wird an dieser Situation, die noch die finanziellen Probleme verschärft, wenig ändern. Neue Akteure haben die politische Arena betreten. Zu ihnen zählen insbesondere die Partei ›Die Rechte‹ und die Partei ›Der III. Weg‹. Die am 27. Mai 2012 in Hamburg gegründete Partei ›Die Rechte‹ hat mit ihren über 700 Mitgliedern ihre Aktionsschwerpunkte in Nordrhein-Westfalen, tritt aber auch in anderen Bundesländern auf. Ihr Vertreter im Stadtrat von Dortmund begehrte zu wissen, wie viele Juden in der Stadt leben würden. An anderen Orten organisierte sie Aktionen gegen Geflüchtete und Einwanderung. Ihr Gründer, Christian Worch, hatte die Partei unter Beteiligung ehemaliger Führungsmitglieder der ›Deutschen Volksunion‹ gegründet; wichtige Positionen werden von Aktivisten inzwischen verbotener neonazistischer Vereinigungen besetzt. Insbesondere in Süddeutschland ist die

17 Krob/Fetz 2016, 716.

18 Krob/Fetz 2016, 717.

19 Vgl. beispielsweise Alexander Gauland und Björn Höcke im Interview mit der Zeitschrift ›Compact‹ 10/2016, 30-31.

Partei ›Der Dritte Weg‹ aktiv, die am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet wurde.²⁰ Dem Parteivorsitzenden Klaus Armstroff (ex-NPD) stehen auch hier Kader verbotener Vereinigungen zur Seite. Die Partei erinnert in der Inszenierung ihrer Aufmärsche an die im Februar 1995 verbotene ›Freiheitliche Deutsche Arbeiter-Partei‹ sowie die ›Fränkische Aktionsfront‹ (Verbot im Januar 2004). Daneben existiert eine Vielzahl an vor allem lokal oder regional aktiven neonazistischen ›Kameradschaften‹, die Flugblattverteilungen durchführen, Schulungsabende veranstalten und zu Demonstrationen mobilisieren. Zum Teil führen sie explizit die Bezeichnung ›nationale Sozialisten‹ im Gruppennamen. Für diese Strömung der extremen Rechten hat sich die Bezeichnung ›neonazistisch‹ durchgesetzt, da sich diese Gruppen regelmäßig positiv auf Führungspersonal und Symbolfiguren (z.B. Hitler, Heß, Wessel) und Politik des Nationalsozialismus beziehen und diese/n rehabilitieren möchten. Diese Organisationen sind maßgeblich an vielen Flugblattverteilungen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen Geflüchtete und deren Unterbringung sowie gegen die Asylpolitik der Bundesregierung beteiligt gewesen. ›Der III. Weg‹ hat eine auch online zugängliche Handreichung erstellt, welche Maßnahmen ergriffen werden können, wenn in der Nachbarschaft Geflüchtete untergebracht werden sollen.

Medial sichtbar war im Jahr 2016 auch die ›Identitäre Bewegung‹.²¹ Inspiriert insbesondere durch die Besetzung des Dachs einer im Bau befindlichen Moschee im französischen Poitiers am 20. November 2012 durch die Gruppe ›Génération Identitaire‹ sowie ein Video mit dem Titel ›Déclaration de guerre‹, bildeten sich auch in anderen europäischen Staaten Gruppen der ›Identitären‹. Während es in Österreich rasch zu einer Vielzahl von Aktionen kam, die – wie Störungen von Theaterstücken und Lesungen prominenter Künstler*innen – entsprechende Medienresonanz hervorrief, beschränkten sich entsprechende Aktivitäten in Deutschland lange auf das Internet. Tatsächlich haben die ›Identitären‹ sich selbst professionell als Marke aufgebaut, die stark auf visuelle, häufig auch popkulturelle Elemente nutzende Agitation setzt. Das politische Profil der ›Identitären‹ stützt sich auf einen kulturalistischen Rassismus, heteronormative Geschlechter- und Familienkonzepte und eine Idealisierung von Kriegergemeinschaften am Beispiel Spartas. Häufig kalkulieren die ›Identitären‹ die Handlungslogik und Mechanismen der Medien ein, um mit wenig Aufwand und strafrechtlichem Risiko große Resonanz zu erzielen; die kurzzeitige Besetzung des Brandenburger Torres als einem der nationalen Symbole Deutschlands wurde entsprechend von vielen Medien prominent dargestellt. Nicht wenige Mitglieder der ›Identitären‹ sind zugleich in der AfD aktiv und beteiligen sich an Demonstrationen gegen eine liberale Asyl- und Einwanderungspolitik.

Seit dem 24. Oktober 2014 demonstriert PEGIDA – mit wenigen Ausnahmen – wöchentlich in Dresden.²² Von wenigen Hundert Teilnehmenden stieg die Zahl innerhalb von drei Monaten auf 25.000 an. Bis heute versammeln sich regelmäßig 2.000 bis 3.000

²⁰ Kopke 2016.

²¹ Virchow 2015.

²² Virchow 2016b.

Personen als Teil dieser völkisch-nationalistischen Mobilisierung. Entsprechende Aktionen gab es bereits vor PEGIDA, so etwa die stark von der NPD getragenen Kampagnen gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Berlin oder sächsischen Städten wie Schneeberg. Dort gingen mehrfach hintereinander über 1.500 Leute auf die Straße. Dem Aufruf einer Gruppe namens HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) folgten am 26. Oktober 2014 etwa 5.000 Demonstrierende nach Köln, wo es zu heftigen Konfrontationen mit der Polizei kam. Angesichts starker Polizeikräfte bei den folgenden HoGeSa-Veranstaltungen verlor das dort versammelte gewaltorientierte Spektrum das Interesse an einer dauerhaften Durchführung solcher Manifestationen.

PEGIDA entstand aus einer Clique von Fußballfans um den Kleinkriminellen Lutz Bachmann, die im Alltag bereits durch rassistische und abfällige Bemerkungen gegen Muslime, Geflüchtete und Türkeistämmige aufgefallen war. Ein frühes programmatisches Dokument spielte im weiteren Verlauf der Proteste keine Rolle mehr, die sich vor allem in der Hetze gegen die »Lügenpresse«, eine interkulturelle Gesellschaft und Bundeskanzlerin Merkel, die als personifiziertes Übel und als Symbolfigur einer verfehlten Flüchtlingspolitik markiert wurde, gefielen und spätestens im Sommer 2016 zu einem Ritual geworden sind.

Zwar scheiterte die PEGIDA-Gruppe um Lutz Bachmann mit dem Versuch, im Sinne eines politischen Franchise-Projektes von Dresden aus bundesweit ein von ihr kontrolliertes Netzwerk von Pegida-Ablegern aufzubauen; dennoch inspirierte PEGIDA zahlreiche Individuen und Initiativen quer durch die Bundesrepublik zur Durchführung ähnlicher wöchentlich durchgeführter Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen. In einigen Städten – etwa Leipzig und Erfurt – wurden mehrfach auch vierstellige Teilnehmezahlen erreicht. In einigen Städten, so etwa in Berlin, München und Duisburg, gab es – bei bescheidener Resonanz – eine hohe Kontinuität in der Durchführung solcher Aktivitäten. In den beiden Jahren 2015 und 2016 haben insgesamt Tausende solcher Veranstaltungen stattgefunden – organisiert von Gruppen wie Bekenntnis für Deutschland, Mönchengladbach steht auf, Das Eichsfeld wehrt sich, Bürgerforum Altenburger Land, Volksbewegung Nordthüringen, Zukunft Heimat, Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz, Heimat und Tradition Chemnitz, Markrans'er kämpfen – mit Herz und Verstand oder auch Bürgerwehr Landkreis Konstanz. Vielfach stellten organisierte Rechtsextreme die Struktur für die Aktionen, die nach außen dennoch als Bürgerengagement präsentiert wurden.

Während PEGIDA in Dresden soziologisch auch die Mitte der Gesellschaft repräsentiert, ist die weltanschauliche Verortung als rassistisch, nationalistisch und demokratie-distanziert zu bezeichnen. Es existiert eine große Nähe zur AfD, die als parlamentarische Partnerin von PEGIDA verstanden wird.²³ Zwar ist der Rückgang der Zahl der wöchentlich an der Manifestation in Dresden Teilnehmenden nicht zu übersehen, dennoch macht die Kontinuität des nationalistischen Protests PEGIDA zu einem einzigartigen Phänomen der außerparlamentarischen Protestgeschichte von rechts in der Bundesrepublik Deutschland. Sein Auftreten in Dresden und die Dynamik sind

23 Rehberg/Kunz/Schlinzig 2016.

nicht zuletzt politisch-kulturellen Faktoren zu verdanken²⁴ Die nationalistische Perspektive verbindet sich zudem mit starken Emotionen, die als Motor der Proteste nicht unterschätzt werden sollten²⁵, die von den Organisator*innen zudem gezielt ausgebeutet werden.²⁶

Eng mit der rassistischen Empörungsbewegung PEGIDA verbunden sind Medien mit hoher Reichweite, die das weltanschaulich einseitige Informationsbedürfnis befriedigen. Hierzu gehört als Printprodukt ›Compact‹ mit einer monatlichen Druckauflage zwischen 40.000 und 80.000 Exemplaren. Die Zeitschrift promotet Frauke Petry als ›bessere Kanzlerin‹, propagiert völkischen Nationalismus und beschwört das Gespenst von der ›Islamisierung‹ und einer Verschwörung der ›68er‹.²⁷ Ähnliche Deutungsangebote finden sich seit 2004 auf dem Blog ›Politically Incorrect‹ (PI), der sich mit täglich 400.000 Zugriffen durchaus mit dem Sender RTL messen kann. Hinzu kommen zahlreiche Internetseiten und Blogs, die es einfach machen, ein rassistisch geprägtes Weltbild immer wieder durch ›Fakten‹ und ›Enthüllungen‹ bestätigen zu lassen.

E. Hermetische Schließung und Praxen der Entgrenzung

In zahlreichen antimuslimischen und einwanderungsfeindlichen Blogbeiträgen und Internetforen konnte man im Sommer 2015 verfolgen, wie die wachsende Zahl von Geflüchteten, die nach Europa und damit auch zum Teil nach Deutschland kam, als drohende bzw. beginnende Apokalypse wahrgenommen wurde, an deren Ende die ›Zerstörung Europas‹ oder die ›Vernichtung des deutschen Volkes‹ stünde. Diese Interpretation, die auch zu – durchaus glaubhaften – Schilderungen qualvoller Albträume führte, wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass völkisches und rassistisches Denken auf Kategorisierungen und damit verbundenen Wertungen beruht, die zu Schlussfolgerungen der Unvereinbarkeit und des Niedergangs im Falle der ›Vermischung von Ethnien‹ führen. „Die Deutschen bzw. ihre Vorfahren, die Germanen“, so hieß es Ende 2016 im Editorial einer extrem rechten Zeitschrift, seien eines der „wenigen Völker auf dem Erdball, deren genetischer Code seit 8000 Jahren so gut wie unverändert ist, obwohl wir viele Besatzungen und Besetzungen durchlebt und durchlitten haben.“²⁸ Phantasmen wie diese sind für rassistisches Denken unverzichtbar in doppeltem Sinne. Zum einen stellen sie gegen empirische Evidenz schlicht die Grundlage der Weltdeutung dar, zum anderen ist die ›Reinheitsbehauptung‹ notwendig, um den Kampf nicht verloren zu geben. Denn wenn die ›Vermischung‹ schon zu weit fortgeschritten ist, ist in dieser Logik der Niedergang nicht mehr aufzuhalten und ein weiterer Einsatz vergebens.

²⁴ Virchow 2016b.

²⁵ Claassen 2014.

²⁶ Bröckling 2016.

²⁷ Virchow 2016a.

²⁸ Sudholt 2016, 4.

Weil rassistisches und völkisches Denken die Einwanderung und dauerhafte Anwesenheit von ehemals Migrierten zu einer existentiellen Frage macht, ist in ihm die Rechtfertigung für den Einsatz von Gewalt bereits angelegt. Zwar regelmäßig als ›Notwehr‹ verbrämt, aber insofern nicht zufällig ist die rassistisch motivierte Gewalt in Deutschland eskaliert – Anfang der 1990er Jahre und erneut Mitte der 2010er Jahre – jeweils angesichts einer beträchtlich steigenden Zahl von Schutzsuchenden. Diese Gewaltpraxis ist durch Entgrenzungen charakterisiert: ihr Umfang ist seit 2014 um ein Vielfaches angestiegen, der Einsatz von Sprengstoffen hat zugenommen, die Gewalt richtet sich auch gegen Menschen, die von den Angreifenden als Repräsentant*innen einer liberalen Asylpolitik angesehen werden – wie die jetzige Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker – oder Geflüchtete im Alltag unterstützen. Zudem hat rassistisch motivierte Gewalt gegen Kinder erkennbar zugenommen. Entgrenzung lässt sich jedoch auch dahin gehend konstatieren, dass diese rassistische Gewalt nicht nur von Angehörigen der rechten Szene ausgeübt wird, sondern auch von bisher unauffälligen Bürgern.

Der rechtspopulistische wie extrem rechte Diskurs enthält die Erzählung, dass die aktuelle Asylpolitik der Bundesregierung den ›Volkstod‹ bringe (s.o.) und die Verantwortlichen daher gegen das Grundgesetz verstießen, das ihnen aufgabe, zum ›Wohl des deutschen Volkes‹ zu handeln. Angesichts dieser Entwicklung, für deren Charakterisierung Begriffe wie ›Umvolkung‹ oder auch ›der große Austausch‹ benutzt werden²⁹, sei es legitim und notwendig, sich auf das im Art. 20 IV GG niedergelegte Widerstandsrecht zu berufen. Bereits 2015 hat der früher der NPD verbundene Jurist Dr. Dr. Thor von Waldstein in einer Schrift entsprechend argumentiert.³⁰ Die Regierung entrechte und beseitige das deutsche Volk, „indem dessen ethnische Homogenität und Substanz binnen kurzer Zeit zugunsten eines ›Landes der Verschiedenen‹ zerstört werden sollen“.³¹ Angesichts einer fehlenden rechtsstaatlichen Handlungsalternative seien bestimmte Handlungen jenseits des Einsatzes von Gewalt durch Deutsche als Subjekte des Widerstands legitim(iert).

Die Strategie der politischen Zuspitzung und der praktischen Selbstermächtigung von rechts kennt aus der jüngsten Zeit einige Beispiele, so etwa die Blockade von Bussen, die Geflüchtete in ihre Unterkunft bringen sollten. Den Organisator*innen geht es dabei darum, die Legitimität und Anerkennung der staatlichen Instanzen seitens der an den Protesten Teilnehmenden aufzuweichen und – zunächst auf niedrigem Niveau – Einfluss auf die Machtverteilung zu nehmen, z.B. durch Nicht-Kooperation. Dies lässt sich am Beispiel einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration in Dresden-Laubegast verdeutlichen, das als ›bürgerliches Widerstandsnest‹ charakterisiert wird: „Ab 19:00 Uhr versammelten sich zunehmend mehr Bürger vor dem künftigen ›Vier-Sterne-Heim‹. Es gab keine Ansprachen oder Reden, nach 15 Minuten setzte sich die etwa 250 Köpfe zählende Menge mit einigen jüngeren Teilnehmern an der Spitze in Bewegung. Der Po-

29 Kellershohn 2016.

30 Waldstein 2015.

31 Waldstein 2015, 22.

izei wurde auf Nachfragen kein Anmelder der Demonstration mitgeteilt, sie wurde lediglich über die 2,5 km lange Route des Spaziergangs entlang der Hauptstraße in Kenntnis gesetzt. Zunächst wollten die maximal 10 Polizisten die 250 Teilnehmer in Richtung Bürgersteig abdrängen, was einfach ignoriert wurde. Somit mußte ein Polizeifahrzeug vorwegfahren und den Weg frei machen. Den Zug eröffneten zwei Mütter mit Kinderwagen. Nachdem die Machtfrage zugunsten der Laubegaster beantwortet war, wurden zahlreiche Fackeln entzündet, Deutschlandfahnen und Sachsenfahnen ausgerollt. Der ganze Zug machte plötzlich einen sehr wehrhaften und selbstbewußten Eindruck. Ein Hauch von 1989 wehte durch die Straßen.”³²

Die insbesondere bei den nationalistischen Protesten in Ostdeutschland vielfach anzutreffende Bezugnahme auf ›1989‹ soll den Aktivitäten nicht nur Legitimation verschaffen, sondern beinhaltet auch den Aspekt der Möglichkeit des Sturzes eines als stabil erscheinenden politischen Systems. Angesichts der Entstehung der völkisch-nationalistischen Massenbewegung und ihrer vielfältigen Artikulationen und Erfolge außerhalb und innerhalb der Parlamente ist die oben für den Sommer 2015 beschriebene ›Verzweiflung‹ vielerorts einem historischen Optimismus der Bewegungsaktivist*innen gewichen, eine grundlegende Wende gesellschaftlicher Ordnung im Sinne der Herstellung von Homogenität und ›Reinheit‹ durch den Ausschluss des ›Fremden‹ herbeiführen zu können.

Literatur

Bebnowski (2015) Die Alternative für Deutschland: Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei

Best/Niehoff/Salheiser/Vogel (2016) Gemischte Gefühle: Thüringen nach der ›Flüchtlingskrise‹. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2016

Bröckling (2016) Man will Angst haben, in: *Mittelweg* 36, 25 (2016) 6, 3-7

Claassen (2014) Group Entitlement, Anger and Participation in Intergroup Violence, in: *British Journal of Political Science* 46, 127-148

Decker Über das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in Deutschland. Republikaner, Statt-Partei und der Bund freier Bürger, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29 (2000), 237-255

Decker/Kiess/Brähler (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2016) Sachsen-Monitor 2016

32 Abrufbar unter: <http://sezession.de/52121/widerstandsschritte-7-spontandemo-in-laubegast>, letzter Aufruf: 10.1.2017.

Fascher (1994) Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren

Goel (2011) Über das Sprechen über die Religion des Anderen, in: Allenbach/Goel/Hummrich/Weissköppel (Hrsg.), Jugend, Migration und Religion, 289-317

Häusler (2016) Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung

Haller/Niggeschmidt (2012) Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz. Von Galton zu Sarrazin: Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik

Hennig (1991) Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz

Jaschke (1990) Die ›Republikaner‹. Profile einer Rechtsaußen-Partei

Joffe Das deutsche Wunder, in: <http://www.zeit.de/2015/37/willkommenskultur-deutschland-fluechtlinge-zeitgeist> (zuletzt aufgerufen am 10. Januar 2017)

Kellershohn (2016) Umvolkung, in: Gießelmann/Heun/Kerst/Suermann/Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, 282-297

Kopke (2016) ›Der III. Weg‹. Personal, Inhalte und Auftreten einer neonazistischen Kleinpartei, in: Burschel (Hrsg.), Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror, 79-87

Kroh/Fetz Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: DIW-Wochenbericht 34/2016, 711-719

Lewandowsky Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 25 (2015), 119-134

Preuß Deutsch genug? Die deutsche Mehrheitsbevölkerung und ihre Bedingungen der Mitgliedschaft, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 2016, 281-288

Priester (2016) Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Problem, in: Virchow/Langebach/Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, 533-560

Rehberg/Kunz/Schlinzig (2016) PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ›Wende‹-Enttäuschung?

Schneiders (2013) In schlechtes Licht gerückt. Das Araberbild bei Thilo Sarrazin, in: ders. (Hrsg.): Die Araber im 21. Jahrhundert. Politik, Gesellschaft, Kultur

Schutzbach Der Heidi-Komplex. Gender, Feminismus und der Ekel vor der ›Gleichmacherei‹, in: Prokla 2016, 583-597

SINUS Markt- und Sozialforschung (1981) Millionen Deutsche: ›Wir sollten wieder einen Führer haben...‹

Sudholt (2016) Ein Volk ohne Beispiel, in: Deutsche Geschichte 6/2016, 4-5

Tort/Guenther/Ruhrmann Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 2016, 497-517

Virchow (2015) The Identitarian Movement: What Kind of Identity? Is It Really a Movement?, in: Druxes/Simpson (Hrsg.), Digital Media Strategies of the Far Right in Europe and the United States, 177-190.

Virchow (2016a) 68er, in: Gießelmann/Heun/Kerst/Suermann/Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, 22-34.

Virchow PEGIDA: Understanding the emergence and essence of nativist protest in Dresden, in: Journal of Intercultural Studies 2016, 541-555

Waldstein (2015) Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen. Abrufbar unter: <http://sezession.de/wp-content/uploads/2015/10/widerstandsrecht-waldstein1.pdf>, letzter Aufruf: 10.1.2017

Zick/Küpper/Krause (2016) Gespaltene Mitte Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Kontakt:

Prof. Dr. Fabian Virchow

Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns

Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus

Hochschule Düsseldorf

Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften

Münsterstraße 156

40476 Düsseldorf

fabian.virchow@hs-duesseldorf.de